

Liestal, 25. Oktober 2016

Medienmitteilung

FDP.Die Liberalen Baselland fasst die Abstimmungsparolen für den 27. November 2016

Parteitag empfiehlt 1x Nein und 2x Ja

Am Parteitag der Baselbieter FDP vom Montagabend in Liestal standen eine nationale und zwei kantonale Vorlagen zur Diskussion. Die Delegierten fassten grossmehrheitlich bei einer Enthaltung die Nein-Parole zur Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)». Zur formulierten Gesetzesinitiative «Zur Verkehrs-Kapazitätssicherung der Rheinstrasse zwischen Pratteln und Liestal» (mit Gegenvorschlag) fassten die Delegierten einstimmig die Ja-Parole zur Initiative und zum Gegenvorschlag. Auch zum Landratsbeschluss betreffend Anpassung des Kantonalen Richtplans Basel-Landschaft (KRIP) wurde einstimmig die Ja-Parole beschlossen. Zu den beiden Vorlagen im Zusammenhang mit dem Energiegesetz wurde bereits am Sonderparteitag vom 29. September 2016 die Ja-Parole gefasst (Medienmitteilung).

Die Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegs-initiative)» hatte bei den Delegierten der FDP Baselland keine Chance. Die Initiative möchte den Bau neuer Kernkraftwerke in der Schweiz verbieten und die Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke begrenzen. Bei Annahme der Initiative müssten die Kernkraftwerke (KKW) Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg im Jahr 2017 abgeschaltet werden, Gösgen 2024 und Leibstadt 2029. Der Vizepräsident der FDP Baselland, Hanspeter Frey, stellte den Delegierten die Initiative vor und beantragte ihnen, die Nein-Parole zu fassen. Die Initiative würde zu einer übereilten Abschaltung der Schweizer KKW führen und der wegfallende Strom könnte nicht sofort mit Schweizer Strom aus erneuerbaren Energien ersetzt werden. Die Schweiz wäre somit in den nächsten Jahren stark vom Ausland abhängig und die Versorgungssicherheit würde entsprechend geschwächt. Die Delegierten waren sich einig, dass die vom Bundesrat im Jahr 2011 beschlossene Energiestrategie 2050 (Schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie) der richtige Weg sei und beschlossen grossmehrheitlich bei einer Enthaltung die Nein-Parole zur Initiative.

Landrat Christoph Buser stellte den Delegierten die Gesetzesinitiative «Zur Verkehrs-Kapazitätssicherung der Rheinstrasse zwischen Pratteln und Liestal» vor und beantragte ihnen die Ja-Parole zu fassen. Die Initiative verlangt, dass im kantonalen Strassengesetz festgelegt wird, dass die Rheinstrasse zwischen Hülften und Liestal im Normalbetrieb zwei Fahrstreifen mit einem zusätzlichen Mehrzweckstreifen aufweist und bei einer Sperrung der A22 zwischen Pratteln und Liestal bzw. des Schönthaltunnels die Rheinstrasse umgehend auf drei Fahrstreifen umgestellt werden kann. Den Gegenvorschlag zur Initiative stellte Regierungsrätin Sabine Pegoraro vor. Sie führte aus, dass bei einer Annahme des Gegenvorschlages die Möglichkeit geschaffen werde, die Rheinstrasse nach den heutigen Erkenntnissen und Bedürfnissen zu erneuern und umzugestalten. Dies sei bei der Initiative nicht der Fall, weshalb Mehrkosten zu erwarten seien. Mit dem Gegenvorschlag würden die Voraussetzungen geschaffen, auf der Rheinstrasse innert wenigen Tagen drei Fahrstreifen in Betrieb zu nehmen. Sie beantragte den Delegierten der FDP Baselland die Ja-Parole zum Gegenvorschlag zu fassen. Die Delegierten der FDP Baselland beschlossen einstimmig die Ja-Parole zur Initiative und zum Gegenvorschlag, denn beide Vorlagen verhindern, dass die Rheinstrasse für 40 Mio. Franken in eine Quartierstrasse zurückgebaut wird. Nach einer eingehenden Diskussion in der Frage des Stichentscheids, sprachen sich 12 Delegierte für die Initiative und 45 für den Gegenvorschlag aus.

Auch zum Landratsbeschluss betreffend Anpassung des Kantonalen Richtplans Basel-Landschaft (KRIP) wurde die Ja-Parole gefasst. Der Landrat hat im Sinne des Antrags des Regierungsrates beschlossen, den Standort "Stutz", Blauen als Festsetzung und den Standort "Sunnerai", Zwingen als Zwischenergebnis in den kantonalen Richtplan aufzunehmen. Beide Standorte gelten als Deponietyp A ("Aushubdeponien"). Der Standort "Sunnerai", Zwingen hat den Status Zwischenergebnis, da er Nachfolgestandort für den Standort "Stutz" ist und erst bei einem Verzicht auf dessen Realisierung weiterbearbeitet werden kann. Der Standort "Hollenmatt" in Aesch wurde in der Landratsdebatte vom 14. April 2016 vom Landrat zusätzlich als Festsetzung in den Richtplan aufgenommen; er gilt ebenfalls als Deponietyp A. Die Delegierten der FDP Baselland sind der Ansicht, dass es schlussendlich darum gehe, Verantwortung zu übernehmen. Es sei keine Lösung alles ins Ausland zu exportieren. Lange Fahrten würden auch hohe Emissionen verursachen. Es brauche langfristige Lösungen und da spiele die Frage eine Rolle, wie viel Deponievolumen vorhanden sei. Es gebe keine bessere Alternative zum vorliegenden Vorschlag. Ausserdem werde in der Diskussion ausser Acht gelassen, dass es sich um sauberen Aushub handle und nicht um schadstoffbelasteten. Entsprechend klar - mit einem einstimmigen JA – wurde die Parole beschlossen.

Kontakte:

› Christine Frey, Präsidentin FDP Baselland, Mobile 076 442 09 20